

Brauchen wir eine bessere Standortpolitik?

Roland Sturm und Thorsten Winkelmann

Die Internationalisierung der Wirtschaft, die Konsequenzen der deutschen Einheit und die verschärfte wirtschaftliche Konkurrenz im Europa des gemeinsamen Marktes, vor allem aber die Neuaufteilung des Weltmarkts unter den wirtschaftlich führenden Nationen, den USA und der VR China, haben immer wieder das Augenmerk der wirtschaftspolitischen Debatten auf die Zukunft Deutschlands als Industriestandort gelenkt. Schon bei den in den 1990er Jahren, 1980/81 und 1987/88 mit ähnlichen Argumenten geführten Debatten, tendierte die Standortdebatte zum Grundsätzlichen. Nach Darstellung der OECD (1994: 74) ging „es um die Frage, ob und inwieweit sich das deutsche Wirtschaftsmodell der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ längerfristig bewährt hat.“

Standortpolitik umfasst alle politischen, rechtlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen von Bund, Ländern und Gemeinden, die Einfluss darauf haben, ob Unternehmen investieren, innovieren und sich ansiedeln – sowie, ob Fachkräfte angezogen werden oder verloren gehen. Aufgrund des Querschnittscharakters der Standortpolitik mit Bezügen zur Wirtschafts-, Regional-, Infrastruktur- und

Stadtpolitik kommen hier ökonomische Instrumente (z. B. Investitionsförderung, Steuervergünstigungen, Clusterpolitik) genauso zur Anwendung wie symbolische Strategien (z. B. Stadtmarketing, Branding, Imagepolitik). Die Standortpolitik setzt auf eine Vielzahl von materiellen und institutionellen Maßnahmen:

- **Finanzielle Anreize:** Subventionen, Investitionszuschüsse oder Steuererleichterungen, um Unternehmen zur Ansiedlung oder Expansion zu motivieren.
- **Infrastrukturpolitik:** Ausbau von Verkehrsnetzen, Breitbandversorgung und Energieinfrastruktur.
- **Forschungs- und Innovationsförderung:** Unterstützung von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Technologietransfer.
- **Bildungspolitik:** Qualifizierung von Fachkräften durch duale Ausbildung, Hochschulen und Weiterbildung.
- **Cluster- und Regionalpolitik:** Förderung regionaler Netzwerke und Spezialisierungen, z. B. in der Automobil- oder IT-Industrie.



Prof. i.R. Dr. Roland Sturm
Institut für Politische Wissenschaft,
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg



PD Dr. Thorsten Winkelmann
Institut für Politische Wissenschaft
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg